

Informationen zur Tagung des Landesvorstandes am 08.11.2014 in Banzkow

Behandlung von Anträgen zum Landesparteitag am 06.12.2014

Die fristgerecht eingereichten Anträge zum Landesparteitag werden vom Landesvorstand diskutiert und zur Kenntnis genommen. Der Leitantrag zur Kinderarmut wird vom Landesvorstand eingereicht, ebenso der Antrag auf Zulassung von landesweit tätigen Zusammenschlüssen. Beim Antrag zum Thema Inklusion fungiert der Landesvorstand als Miteinreicher.

Antrag Maßnahmenplan Kinderarmut

J. Bernhardt erläutert kurz den Inhalt des Antrages. Wegen des Umfangs des Antrages wurden die Forderungen hinter jedem Themengebiet als Kurzfassung eingefügt. C. Labouvie macht den Vorschlag, eine Kurzfassung als kleines Heft herauszugeben. Der LV folgt jedoch dem Vorschlag von J. Bernhardt, den Maßnahmenkatalog/Teil II später wie Teil I (Analyse) als Broschüre herauszugeben, welche am Ende einen zusammenfassenden Forderungsteil enthalten sollte. Des Weiteren unterstützen die LV-Mitglieder die Erstellung eines Hintergrundpapiers mit Argumentationshilfen und Finanzierungsvorschlägen, welches u.a. unseren Kandidaten bei den Bürgermeisterwahlen 2015 zur Verfügung stehen sollte.

Im Anschluss an eine längere Diskussion wird folgendes einstimmig beschlossen: Es werden Änderungen zu den Themen Zahnhygiene in Kitas, Krankenversicherung für alle Kinder und Einführung eines Bundeskitagesetzes in den vorliegenden Maßnahmenplan aufgenommen.

Zudem soll der Landesverband im April 2015 eine Kinder- und Jugendkonferenz durchführen, auf der der Maßnahmenplan mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern, mit Vertretern der Kinder- und Jugendhilfe und weiteren Akteuren der Fachöffentlichkeit diskutiert werden soll.

Eine Beteiligung der Öffentlichkeit und der Parteigremien soll auch über das Internet erreicht werden und die Vorschläge des Maßnahmenplans sollen dort zur Diskussion gestellt werden. LINKE Fraktionen erhalten auf diese Weise die Möglichkeit, auch ihre bisherigen Aktivitäten diesbezüglich öffentlich zu machen.

Der LV beschließt einstimmig den ergänzten Antrag.

Antrag prekäre Arbeit

Zu diesem Thema liegt ein Antrag von Heidrun Bluhm, Helmut Holter und weiteren sowie ein Antrag der LAG betrieb & gewerkschaft vor. Beide Einreicher haben bereits ihre Bereitschaft signalisiert, sich bis zum Landesparteitag zu verständigen, um möglicherweise die Anträge zusammenzuführen. Der LV nimmt die Anträge zur Kenntnis.

Antrag Inklusion

Karen Stramm erläutert den vorliegenden Antrag mehrerer Landesarbeitsgemeinschaften. Es wird die Frage aufgeworfen, ob der Landesvorstand Miteinreicher dieses Antrages werden soll. Nach Diskussion wird einstimmig beschlossen, dass der Landesvorstand mit als Einreicher fungiert.

Antrag Gesetzesinitiativen gegen Welthunger unterstützen

Im LV wird bei diesem Antrag um einige Inhalte diskutiert. Vor allem wird die uneingeschränkte Forderung nach einem Verbot der Produktion von Treibstoff aus Nahrungsmitteln bemängelt. Ggf. wird zum LPT ein Änderungsantrag gestellt. Der LV nimmt den Antrag zur Kenntnis.

Antrag LAG Zulassung

Die eingereichten Unterlagen wurden geprüft; alles wurde satzungsgemäß eingereicht. Der Antrag erhält die Zustimmung aller LV-Mitglieder.

Antrag Satzungsänderung zur Vorbereitung der Landtagswahlen 2016

Dieser wurde bereits auf der letzten LV-Sitzung beschlossen.

Finanzen

Einstimmig wird der Finanzplan für die 2. Tagung des 4. Landesparteitages beschlossen.

Die Landesschatzmeisterin, G. Buchholz, gibt Auskunft zur vorliegenden Mitgliederstatistik.

Alle Kreise haben ihre Einnahmen durch Mandatsträgerbeiträge erhöhen können. Das Spendensoll im Jahr 2014 wurde bereits jetzt fast erreicht, was der Spendenbereitschaft in Wahlkampfzeiten zu verdanken ist. Sie wirft die Frage zu einer landesweiten Spendenkampagne zur Landtagswahl im Jahr 2016 auf.

G. Buchholz mahnt die satzungsgemäße Beitragszahlung an. Es gibt den Vorschlag, auf dem Landesparteitag die Notwendigkeit zu erläutern.

Die Planungsgespräche zu den Haushaltsplänen 2015 mit den Kreisverbänden sind abgeschlossen.

Die Kreisvorstände qualifizieren derzeit ihre Pläne, welche der Landesausschuss am 12.12.2014 beschließen soll. Die KV sind weiter aufgefordert, sich Gedanken zu machen, wie man noch effektiver mit den finanziellen Mitteln arbeiten kann.

Die Landesgeschäftsstelle selbst hat alle Möglichkeiten geprüft, finanzielle Mittel einzusparen. Alle Verträge wurden geprüft, wo nötig verändert.

Die Finanzplanungen der Landesarbeitsgemeinschaften liegen ebenfalls vor. Das Jahresbudget für alle Landesarbeitsgemeinschaften sollte 8.350 Euro nicht überschreiten. Mehrere

Landesarbeitsgemeinschaften haben jedoch Bedarf von (deutlich) mehr als 500 Euro angemeldet.

Diesen Forderungen wird grundsätzlich nicht zugestimmt.

Die LAG-Sprecher_innen werden im 1. Quartal 2015 zu einer gemeinsamen Beratung mit dem Landesvorstand eingeladen.

Das Budget zur Unterstützung des Jugendverbandes bedarf noch weiterer Abstimmung mit solid und SDS. Die Forderungen des Jugendverbandes liegen deutlich über den Ausgabenpositionen der letzten beiden Jahre. Der LV unterstützt den Vorschlag zur Umbenennung des Budgets in „Unterstützung des Jugend- und Studierendenverbandes“.

Eine endgültige Entscheidung über den Finanzplan 2015 und die Finanzierung von Kampagnen sollen auf der LV-Sitzung am 5.12. 2014 aufgerufen werden.

Chancen der Netzpolitik begreifen

M. Eggert stellt die Schwerpunkte des vorgelegten Papiers dar. Die Partei sollte das Thema unbedingt weiter vertiefen, alle Generationen – ob jung oder alt – werden mit einbezogen. Unsere Positionen zum Thema müssen mehr in die Öffentlichkeit getragen werden. Das Thema Netzpolitik sollte auch Bestandteil des Leitbildes MV2020+ sowie unseres Wahlprogramms 2016 werden.

M. Eggert wird auf dem LPT Interessierte zur Mitarbeit aufrufen und zu einer Fachtagung im Jahr 2015 einladen. Zudem bringt er sich in der AG Leitbild auch für dieses Themenfeld ein. Eine Tour durch die Kreisverbände zur Sensibilisierung für das Thema wird angeregt.

Informationen zur Kampagne „Das muss drin sein. Leben ohne Zumutungen.“

Der bundesweite Start der Kampagne wird in der Woche vor dem 1. Mai 2015 sein. Die vorhandenen Ressourcen, die die Bundespartei für diese Kampagne bereitstellt, müssen abgefordert werden. Es wird eine bundesweite Kampagnenhomepage zu diesem Thema geben, außerdem wird das Thema in den sozialen Netzwerken, wie Facebook etc., vernetzt.

H. Bluhm will die Mitglieder des Landesverbandes auch durch den zuvor behandelten Antrag an den LPT in die Vorbereitung der Kampagne einbeziehen.

Bis zur LV-Sitzung am 17. Januar 2015 werden Schwerpunkte unter Einbeziehung verschiedener Interessierter aus Kreisverbänden, Landesarbeitsgemeinschaften usw. gesammelt und in einer Grobkonzeption zusammengefasst. Daraufhin soll ein detaillierter (Landes-)Kampagnenplan erarbeitet werden. Der Termin für den Landesworkshop im 1. Quartal 2015 wird konkretisiert. Der Vorschlag zur

Einbeziehung des Internationalen Frauentages und des Equal Pay Days 2015 im Sinne der Thematisierung von prekärer Beschäftigung von Frauen soll dabei berücksichtigt werden.
Ab sofort werden alle Anregungen zur Kampagne in der Landesgeschäftsstelle gesammelt.

Aktuell-politische Fragen/Aus den Gremien

H. Holter informiert aus der **Landtagsfraktion**. In der Arbeit spielt der 9. November, als historisches Datum in mehrfacher Hinsicht, momentan eine Rolle. Er verweist auf die gemeinsame Erklärung mit Heidrun Bluhm zum Thema. Der Landtag befasst sich in seiner Sitzung am Donnerstag mit einer längeren Aussprache ebenfalls mit dem Thema.

Weiteres Thema in der Fraktion ist der Festakt im Landtag zum Thema „20 Jahre Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommern“. Die Auswahl der Redner_innen wurde von der Linksfraktion kritisiert. Sie entspricht nicht den vorherigen Vereinbarungen. Somit fiel das Vorschlagsrecht für die aktuelle Stunde an DIE LINKE. Beantragt wurde das Thema „NSU-Mordserie - Handlungsempfehlungen auch in Mecklenburg-Vorpommern umsetzen“.

H. Bluhm berichtet aus der **Bundestagsfraktion**. Die LINKE ist klar gegen die geplante Unterbringung von Flüchtlingen in Gewerbegebieten. Sie ist für eine Aufhebung des Königsteiner Schlüssels, der die Aufteilung von Flüchtlingen auf die Bundesländer regelt. DIE LINKE lehnt es ab, Flüchtlinge dauerhaft in Sammelunterkünften sowie außerhalb von Wohngebieten unterzubringen. Eine Integration ist so nicht möglich. Bei der Unterbringung muss sich der Bund stärker beteiligen. Die Priorität sollte darin liegen, dafür mehr (bisher leer stehende) kommunale Wohnungen zu nutzen.

Wichtige Themen, mit denen sich der Bundestag außerdem aktuell befasst, sind das Elterngeld, die Sterbehilfe und der Haushaltsplan für 2015.

Weiter informiert sie über die Regierungsbildung in Brandenburg und die Koalitionsverhandlungen in Thüringen.

J. Bernhardt informiert aus dem Kreisverband **Südwestmecklenburg**, der im angrenzenden Raum seinen Kreisparteitag durchführt. Im Kreistag von Ludwigslust-Parchim war u.a. die Weiterführung der kreiseigenen Gesellschaft Berufsbildungsstätte (BBS) START Thema. Die Eilanträge der Kreise LUP und MSE gegen die Teilstilllegung der Südbahn wurden vom Gericht abgelehnt. Der Energieminister zeigt sich vom Protest unbeeindruckt. Pläne des Landrats zu Reduktion der Mittel für Jugendarbeit werden zurückgewiesen.

B. Griese informiert aus dem Kreistag **Nordwestmecklenburg**, wo am Donnerstag die Nachfolgerin der 2. Beigeordneten gewählt wurde, da die frühere Amtsinhaberin mittlerweile Landrätin des Kreises ist. Die SPD hat gemeinsam mit der CDU eine Bewerberin mit SPD-Parteibuch gewählt und somit unseren Kandidaten verhindert. DIE LINKE wird ihren Kurs gegenüber SPD und CDU im Kreis verschärfen. Weitere Themen waren der Verwaltungsneubau in Wismar, das Nahverkehrskonzept und die dezentrale Unterbringung von Asylbewerber_innen.

A. Walther informiert aus **Schwerin** u.a. über die aktuellen Diskussionen über das Haushaltsdefizit der Stadt. Zum Gutachten der Firma PWC gab es eine Stellungnahme der Stadtverwaltung, welcher die Mehrheit der Stadtvertretung gefolgt ist. Der Innenminister wies die Forderungen jedoch zurück.

Aus **Rostock** berichtet S. Smolka. Vor der Bürgerschaftssitzung gab es eine große Demonstration mit über 1.000 Teilnehmer_innen zum Erhalt aller vier Sparten des Volkstheaters. Durch eine Haushaltssperre sind Investitionen für den Zoo, Stadthallen- und Theaterneubau gefährdet. Die Sozialausgaben sind wie in Schwerin enorm gestiegen.

C. Labouvie berichtet aus dem Kreisverband **Peene-Uecker-Ryck** über Diskussionen zum Thema „Unrechtsstaat“ oder den Flughafen Usedom. Der Kreisparteitag wird sich mit der Umsetzung der Kampagne gegen prekäre Arbeit befassen. Sie regt eine bessere Vernetzung der Kreistagsfraktionen an.

Sonstiges

H. Bluhm bedankt sich bei B. Griese für die Bereitschaft als 2. Beigeordneter in NWM zu kandidieren. Sie gratuliert ihm zu seinem guten Ergebnis deutlich über die Stimme der eigenen Fraktion hinaus, auch wenn es gegen die Stimmen von CDU und SPD nicht gereicht hat.

Sie äußert sich positiv über den bevorstehenden Landesparteitag. Dieser wird mit seinen vorliegenden, inhaltlich sehr guten, Anträgen dazu beitragen, dass wieder inhaltliche politische Diskussionen im Landesverband dominieren.

Es wird auf den Parlamentariertag am 22. November 2014 in Neubrandenburg hingewiesen. Alle Interessierten sind herzlich dazu eingeladen (Einladung siehe Internetseite!).

Die nächste LV-Sitzung findet am 5.12.2014 am Vorabend des Landesparteitages in Güstrow statt.

Hinweis: Die Anträge zum Landesparteitag am 6.12.2014 in Güstrow sind auf der Homepage des Landesverbandes unter www.die-linke-mv.de zu finden.